

Der Park, das Volk und die Wendehälsa

Wie Schwerin seinen ersten Bürgerentscheid erlebte – und warum die Spendenaktion von Stadtpräsident Ehlers und Ortsteilschefin Manow danach für Empörung sorgt

Schwerin, März 2026

Es ist eine Geschichte über einen 4.800 Quadratmeter großen Flecken Erde in Lankow – über Obstbäume, Schaukeln, Bänke, Kinder und ihre Eltern. Und darüber, wie eine Handvoll entschlossener Bürgerinnen und Bürger gegen eine bereits gefällte politische Entscheidung kämpfte, gewann, und dabei Geschichte schrieb. Schwerins erster inhaltlicher Bürgerentscheid. Doch die Geschichte endet nicht mit dem Jubel vom 25. Januar 2026. Sie hat einen zweiten, bittereren Teil.

Der Anfang: Ein Beschluss, der unter Ausschluss der Öffentlichkeit fiel

Der Stadtteilpark an der Kieler Straße in Lankow ist kein gewöhnliches Grundstück. Seit über 50 Jahren ist die Fläche ein offener, kostenloser Ort für alle – Spielgeräte, Rasenfläche, Obstbäume, Bänke. Kein Zaun, kein Eintrittsgeld, keine Konsumpflicht. Für die Bewohnerinnen und Bewohner der umliegenden Wohnblöcke, die oft keinen eigenen Garten besitzen, ist er das Wohnzimmer ihres Viertels.

Am 14. Juli 2025 beschloss die Schweriner Stadtvertretung mehrheitlich, dieses Grundstück zu verkaufen – an die Quarta GmbH & Co., einen Investor, der dort ein Wohn- und Geschäftsgebäude mit Arztpraxen errichten wollte. Der Beschluss fiel nicht öffentlich, sondern intern. Weder die Kinder, die den Park täglich nutzen, noch Eltern, Jugendgruppen oder Schulen aus dem Stadtteil wurden vorab einbezogen.

Später musste die Stadt einräumen, dass dabei das Kinder- und Jugendbeteiligungsgesetz gebrochen wurde. Das Deutsche Kinderhilfswerk richtete daraufhin einen Brief an Oberbürgermeister Rico Badenschier und das Innenministerium. Eine Konsequenz hatte das freilich nicht – das Gesetz kennt keine Sanktionen.

Das Bürgerbegehren: 5.698 Stimmen in sechs Wochen

Als der Verkaufsbeschluss öffentlich wurde, regte sich schnell Widerstand. Eine Bürgerinitiative formierte sich, mit einem klaren Ziel: den Beschluss rückgängig zu machen. Das Werkzeug dafür war das Bürgerbegehren – ein demokratisches Instrument, das eine direkte Volksabstimmung erzwingen kann, wenn genug Schwerinerinnen und Schweriner unterschreiben.

Die Hürde: Innerhalb von sechs Wochen waren 4.000 gültige Unterschriften von Wahlberechtigten notwendig – weil sich das Begehren gegen einen bereits gefassten Beschluss richtete.

Was folgte, war ein Kraftakt bürgerschaftlichen Engagements. Dutzende Aktive sammelten von Tür zu Tür, auf Märkten, bei Stadtfesten, in Lankow und in der gesamten Stadt. Am 9. September 2025 übergab die Initiative ihre Listen dem Büro der Stadtvertretung – 440 Dokumente, auf denen jeweils bis zu zehn Unterzeichnende Platz hatten. Da Stadtpräsident Sebastian Ehlers nach eigener Auskunft berufsbedingt international unterwegs war, übernahm sein erster Stellvertreter Daniel Meslien die Entgegennahme.

Das Ergebnis war eindeutig: Von 5.698 eingereichten Stimmen wurden 4.359 als gültig anerkannt – das erforderliche Quorum von 4.000 war damit klar übertroffen. Sowohl die Stadtverwaltung als auch das Innenministerium erklärten das Bürgerbegehren für zulässig.

Dieser Park ist ein Stück Geschichte unserer Stadt. Sein Erhalt zeigt, dass die Menschen in Schwerin nicht bereit sind, ihre Grünflächen kampflös aufzugeben."

— Bürgerinitiative Stadtteilpark Lankow, September 2025

Der Streit um den Termin: Blockade statt Demokratiefreude

Nun war die Stadtvertretung am Zug. In ihrer Sitzung am 29. September 2025 hatte sie zwei Optionen: entweder den Verkaufsbeschluss selbst zurücknehmen – was die günstigste und demokratisch direkteste Lösung gewesen wäre – oder einen Bürgerentscheid ansetzen.

Die SPD-Fraktion und der fraktionslose Stadtvertreter Stephan Martini plädierten für die Übernahme des Bürgerbegehrens, also die sofortige Rücknahme des Verkaufs. Das wäre die kostenneutralste Lösung gewesen. Die Mehrheit der Stadtvertretung lehnte das ab.

Stattdessen entbrannte ein Streit um den Termin. Die Stadtverwaltung schlug den 22. März 2026 vor – zeitgleich mit der anstehenden Oberbürgermeisterwahl, was rund 100.000 Euro Zusatzkosten gespart hätte. Die CDU-Fraktion setzte sich jedoch mit einem anderen Datum durch: dem 25. Januar 2026 – als isoliertem Einzeltermin, weit vor der OB-Wahl.

Oberbürgermeister Badenschier legte daraufhin formell Widerspruch ein. Er argumentierte, der Beschluss sei ohne das erforderliche Benehmen mit der Rechtsaufsichtsbehörde gefasst worden, und verwies auf die vermeidbaren Mehrkosten von rund 100.000 Euro. Auch die Rechtsaufsicht bestätigte, dass der Januartermin formal rechtswidrig zustande gekommen sei.

Dennoch: Der Bürgerentscheid fand am 25. Januar 2026 statt – die Stadtvertretung hielt an ihrem Beschluss fest. Für die Briefwahl wurden 78.523 Stimmberechtigte angeschrieben. Für ein gültiges Ergebnis mussten mindestens 25 Prozent, also 19.631 Personen, mit Ja stimmen.

Das Ergebnis: Ein historisches Votum

Am Abend des 25. Januar 2026 zählten rund 280 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtverwaltung an 30 Stationen im Stadthaus die Stimmen aus. Das Ergebnis war überwältigend.

Endergebnis: Wahlbeteiligung: 43,6 % · Ja-Stimmen: 31.629 (92,9 %) · Nein-Stimmen: rund 7 % · Quorum von 25 % klar übertroffen

Schwerin hatte seinen ersten inhaltlichen Bürgerentscheid der Stadtgeschichte entschieden – und es war ein klares, unmissverständliches Signal. Fast 93 Prozent derjenigen, die abstimmten, wollten den Park behalten. Der Beschluss ist rechtlich bindend: Das Grundstück bleibt im Eigentum der Stadt, der Spielplatz bleibt erhalten.

Eine Parallelbefragung der Evangelischen Jugend und des Schweriner Kinder- und Jugendrates hatte kurz zuvor unter rund 860 Kindern und Jugendlichen – die beim offiziellen Bürgerentscheid kein Stimmrecht hatten – exakt dasselbe Ergebnis gezeigt: 93 Prozent für den Erhalt des Parks.

Das ist ein starkes Signal – aus Lankow in die ganze Stadt."

— Bürgerinitiative nach dem Ergebnis

Die Spendenaktion: Das Manöver danach

So weit die Geschichte des demokratischen Erfolgs. Doch kurz darauf begann ein Nachspiel, das viele Lankowerinnen und Lankower fassungslos machte.

Anfang Februar 2026 – keine zwei Wochen nach dem Bürgerentscheid – starteten Stadtpräsident Sebastian Ehlers (CDU) und die Vorsitzende der Ortsteilvertretung Lankow, Cordula Manow (Die Linke), gemeinsam eine Spendenaktion auf der Plattform GoFundMe. Ziel: Geld für die Sanierung des Spielplatzes an der Kieler Straße sammeln. 9.000 Euro sollten es sein, mittelfristig, so die Pressemitteilung, würden 30.000 bis 40.000 Euro benötigt.

Zur Begründung schrieben die beiden: Der Spielplatz sei stark sanierungsbedürftig. Mehrere Spielgeräte seien beschädigt oder aus Sicherheitsgründen gesperrt. Der Zustand lade kaum noch zum Spielen oder Verweilen ein.

Klingt nach einem echten Problem. Nur: Es stimmte nicht.

Die Falschbehauptungen – dokumentiert

Die Bürgerinitiative widersprach umgehend. Die Lankow-Aktivistin Astrid Kindel stellte klar: Es gebe aktuell weder defekte noch gesperrte Spielgeräte. Einzelne Geräte könnten zwar frischen Anstrich vertragen, grundsätzlich sei der Platz jedoch funktionstüchtig.

Und die offizielle Auskunft der Stadt bestätigte das. Auf Anfrage von Schwerin Lokal Online teilte die Pressestelle mit: Derzeit seien keine Spielgeräte oder Flächen auf dem Spielplatz gesperrt. Auch in jüngster Vergangenheit habe es keine solche Maßnahme gegeben. Der zuständige Eigenbetrieb SDS stufte den Spielplatz als "verkehrssicher" ein. Lediglich einzelne Bretter an einem Klettergerät müssten in den kommenden Monaten ausgetauscht werden.

Die Stadt – also die eigene Verwaltung – widersprach damit öffentlich dem Stadtpräsidenten, der gleichzeitig ihr Vorsitzender des kommunalen Parlaments ist.

Auch die Kostenzahl von 30.000 bis 40.000 Euro entpuppte sich als nicht belastbar. Auf Anfrage eines Stadtvertreters erklärte der SDS: Eine Kostenschätzung wurde in dem Zusammenhang nicht abgegeben." Die Zahl stammte demnach nicht von der zuständigen Fachbehörde.

Auf lokalen Nachrichtenportalen und in sozialen Medien machte KATAPULT MV vor Ort einen stabilen, funktionstüchtigen Park vorfind – wie mehrere andere Journalisten, die sich selbst ein Bild machten.

Wer sind Ehlers und Manow in dieser Geschichte?

Was die Sache besonders pikant macht: Weder Ehlers noch Manow standen während des Bürgerbegehren-Prozesses auf der Seite der Bürgerinitiative. Im Gegenteil.

Ehlers, CDU-Stadtpräsident und OB-Kandidat für die anstehende Oberbürgermeisterwahl, hatte in der Stadtvertretung für den Verkauf des Grundstücks gestimmt. Er unterstützte das Projekt des Investors aus Überzeugung, wie er selbst in einem Interview nach dem Bürgerentscheid noch einmal bestätigte: Ich habe in der Stadtvertretung für weitere Arztpraxen, barrierefreie Wohnungen sowie drei neue, sichere Spielplätze in Lankow gestimmt, weil diese Maßnahmen aus meiner Sicht dem Stadtteil gutgetan hätten."

Manow, Vorsitzende der Ortsteilvertretung Lankow und stellvertretende Stadtpräsidentin, hatte sich während der Bürgerbegehren-Phase laut Berichten ebenfalls wiederholt für ein Nein beim Bürgerentscheid ausgesprochen.

Beide waren also Teil des politischen Blocks, gegen den die Bürgerinitiative ankämpfte. Und beide traten nun, nach dem klaren Ergebnis, als Fürsprecher und Retter eben jenes Parks auf, dessen Verkauf sie noch kurz zuvor unterstützt hatten.

Monate lang wurde in Lankow nicht über ein paar kaputte Schaukelketten gestritten, sondern über etwas Grundsätzliches: Bleibt ein knapp 5.000 Quadratmeter großer Stadtteilpark öffentlich – oder wird er zur Verwertungsfläche?"

— Kommentar, schwerin.news, Februar 2026

Kein Gespräch, keine Absprache – erneut über die Köpfe hinweg

Ein weiterer kritischer Punkt: Weder Ehlers noch Manow hatten die Bürgerinitiative vorab über die Spendenaktion informiert. Kein Anruf, keine E-Mail, kein Gespräch mit denjenigen, die seit Monaten für den Park gekämpft hatten und sich nun wöchentlich treffen, um seine Zukunft zu gestalten.

Für die Initiative wirkte das wie eine Wiederholung desselben Musters, gegen das sie ursprünglich angetreten war: Entscheidungen über den Stadtteil, ohne die Menschen im Stadtteil.

Jutta Krawinkel von der Bürgerinitiative brachte es auf den Punkt: Die alte Politik, über die Köpfe der Menschen hinweg zu agieren, folge demselben Prinzip wie die frühere

Entscheidung, die Zerstörung des Stadtteilparks nicht transparent und mit den Menschen vor Ort zu beschließen.

Ehlers' Reaktion: Ausflüchte statt Aufarbeitung

Als der Druck zunahm, äußerte sich Ehlers in einem Interview mit Schwerin Lokal Online. Doch statt klar zu räumen, was falsch war, wechselte er die Ebene. Er sprach von bestimmten Kreisen", die gegen ihn und Manow gezielt Stimmung" machten – und von Beleidigungen unterhalb der Gürtellinie". Den Begriff gesperrte Spielgeräte" aus dem Spendenaufruf qualifizierte er als kleinen Fehler", der korrigiert worden sei.

Den grundlegenden Widerspruch – dass die zuständige städtische Fachbehörde seinen Angaben widersprach, dass es keine belegbare Kostenschätzung gab, und dass die Spendenaktion ohne jede Rücksprache mit der Bürgerinitiative gestartet wurde – räumte er nicht ein.

Kritiker in Schwerin sahen darin ein Muster: Wer inhaltlich nicht mehr weiterkommt, redet über die Kritiker statt über den eigenen Fehler.

Fazit: Demokratie gewonnen, Vertrauen auf der Probe

Die Geschichte des Stadtteilparks Lankow ist, in ihrem ersten Teil, eine Erfolgsgeschichte. Über 5.600 Menschen unterschrieben ein Bürgerbegehren. Mehr als 31.000 stimmten im ersten inhaltlichen Bürgerentscheid der Schweriner Stadtgeschichte mit Ja. Der Park bleibt. Das ist nicht selbstverständlich, und es ist ein echter Sieg direkter Demokratie.

Was danach geschah, trübt diesen Triumph. Wenn diejenigen, die zuvor für den Verkauf stimmten, sich anschließend mit einer Spendenaktion als Retter inszenieren – auf Basis nachweislich falscher Angaben, ohne Rücksprache mit der Bürgerinitiative, in einem laufenden OB-Wahlkampf –, dann ist das keine Kehrtwende. Es ist politisches Greenwashing.

Die Bürgerinitiative hat angekündigt, einen Verein zu gründen, der sich dauerhaft für den Park einsetzt und als verlässlicher Ansprechpartner für Verwaltung und Politik dienen soll. Es bleibt zu hoffen, dass die Stadtpolitik diesmal zuhört – bevor der nächste Bürgerentscheid nötig wird.